

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Beteiligungen,
Organisation und Finanzentwicklung der Stadt Lüdenscheid**

am 19.10.2006

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer CDU

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Horst Eick	SPD	Vertreter für Ratsherrn Herrn Thielicke
Ratsfrau Christel Gabler	CDU	
Ratsherr Marcus Kühnel	CDU	Vertreter für Ratsfrau Frau Rigas-Gülde, ab 16:25 Uhr bis 17:55 Uhr
Ratsherr Harald Metzger	SPD	
Ratsherr Bruno Schwarz	FDP	
Frau Elisabeth Siebensohn	CDU	Vertreterin für Ratsherrn Herrn Schulte
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek	SPD	Vertreterin für Ratsherrn Herrn Triebert
Ratsfrau Elke Teipel	SPD	
Ratsfrau Tanja Tschöke	Grüne	bis 18:00 Uhr
Ratsfrau Ramona Ullrich	SPD	
Herr Wolf Reiner Cassel	LL	
Herr Stefan Eßer	CDU	
Herr Ulrich Noetzlin	SPD	bis 18:00 Uhr
Frau Christiane Rahmede	CDU	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Peter Oettinghaus AfL

Verwaltung:

Bürgermeister Dieter Dzewas
Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler
Herr Michael Walker
Frau Martina Schmidtke
Frau Britta Vogelsang

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde	CDU
Ratsherr Bernd Schulte - MdL	CDU
Ratsherr Michael Thielicke	SPD

Beginn: 16:15 Uhr

Ende: 18:18 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

In der öffentlichen Fragestunde ergibt sich kein Gesprächsbedarf.

Im Anschluss daran stellt Vorsitzende Meyer nach kurzer Diskussion zur Abstimmung, ob Herr Buhl, Personalrat, an der nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung, TOP 1 „Einstellung von Nachwuchskräften“, teilnehmen darf.

Beschluss:

Der Antrag wird mit sieben zu sieben Stimmen abgelehnt.

2. Genehmigung des Protokolls vom 10.08.2006

Beschluss:

Der Ausschuss stellt das Protokoll in der vorliegenden Form als genehmigt fest.

3. Organisation Kulturbetriebe; weitere Vorgehensweise

Sachkundiger Bürger Noetzlin bezieht sich auf den am 31.03.2006 im Ausschuss für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung an die Verwaltung erteilten Prüfauftrag. Die Verwaltung sollte u.a. prüfen, in welcher Organisationsform die zu einer Einheit zusammengefassten Kultureinrichtungen bei gleich bleibendem Leistungsangebot am effizientesten geführt werden können und den Prüfbericht bis zum Herbst 2006 vorlegen. Herr Noetzlin zeigt sich überrascht, dass nun in der Sitzung des Kulturausschusses am 25.10.2006 über das Thema beraten werden soll und die Mitglieder des Ausschusses für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung die Vorlage nicht erhalten haben. Nach seiner Auffassung haben Beratungen über die Frage der Organisationsform im Ausschuss für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung zu erfolgen. Die Vorlage soll daher vor Beratung im Kulturausschuss im Ausschuss für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung behandelt werden.

Herr Schwarz spricht sich dafür aus, dass die Beratung der Vorlage im Kulturausschuss am 25.10.2006 erfolgt. Der Beschlussvorschlag sehe vor, dass der Ausschuss den Bericht zustimmend zur Kenntnis nimmt und eine Arbeitsgruppe für weitere konkrete Prüfungen eingesetzt wird.

Kämmerer Blasweiler macht den Vorschlag, dass sich beide Ausschüsse mit der Thematik beschäftigen und dem Ausschuss für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung die Vorlage des Kulturausschusses für eine erste Orientierung und Beratung in der Sitzung am 23.11.2006 vorgelegt wird. Zeitlich gesehen hält Herr Blasweiler die Gründung einer AöR für die Kultureinrichtungen zum 01.01.2007 für völlig ausgeschlossen. Ratsfrau Gabler, Ratsherr Metzger und Ratsherr Oettinghaus schließen sich den Ausführungen des Kämmerers an.

BM Dzewas spricht sich dafür aus, dass die Vorlage den Mitgliedern des Ausschusses für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung zugeht, um dann in den Fraktionen zu

beraten und zu entscheiden, in welcher Organisationsform die Kultureinrichtungen zukünftig geführt werden sollen.

Ratsfrau Tschöke spricht sich für eine Arbeitsgruppe und gemeinsamen Sitzungen beider Ausschüsse aus, um gleichen Sachstand zu gewährleisten.

Vorsitzende Meyer fasst zusammen, dass die Beschlussvorlage für den Kulturausschuss in der Sitzung des Ausschusses für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung am 23.11.2006 auf die Tagesordnung genommen werden soll. Nach weiteren Ergebnissen des Kulturausschusses soll eine gemeinsame Sitzung beider Ausschüsse stattfinden.

Herr Cassel bittet noch einmal ausdrücklich darum, bei Beschlussvorschlägen nicht das Wort „zustimmend“ zu verwenden.

Erste Stellv. BM Meyer unterbricht die Sitzung und erteilt Herrn Buhl, Personalrat, das Wort. Herr Buhl stellt folgende Fragen:

- 1) An welcher Stelle darf der Bürger Fragen stellen, vor oder nach Abhandlung des Tagesordnungspunktes?
- 2) Wie wird mit den Beschäftigten der Kulturbetriebe verfahren, die nun irrtümlich davon ausgehen, dass schnelle übereilte Entscheidungen „über ihre Köpfe hinweg“ getroffen werden?

Frau Meyer nimmt die Sitzung wieder auf und antwortet auf die Anfrage von Herrn Buhl, dass die Interessen der Beschäftigten der Kultureinrichtungen unbedingt beachtet werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	7
Enthaltungen:	0

4. Berichtswesen: Ausführung des Haushaltsplans Vorlage: 162/2006

Kämmerer Blasweiler erläutert die Vorlage und informiert die Ausschusssmitglieder, dass die Einnahmen aus Gewerbesteuer aktuell 47,3 Mio. € betragen.

Bei der Bewirtschaftung der sonstigen Haushaltsansätze ist festzustellen, dass bei den Haushaltsstellen, die mit 130.000 € gesperrt sind, keine nennenswerten Freigabeanträge vorliegen.

Im Bereich des Vermögenshaushaltes konnten zahlreiche Maßnahmen wegen der verspäteten Verabschiedung des Vermögenshaushaltes 2006 und der entsprechenden Prioritätenliste nicht begonnen werden.

Ratsfrau Gabler ist erfreut über die Erhöhung der Steuereinnahmen, weist aber auch auf das Haushaltsdefizit von rd. 12,6 Mio. € hin.

Ratsherr Schwarz erkundigt sich im Zusammenhang mit dem Brand der Turnhalle in Kierspe, ob ein solcher Schadensfall, sollte er in der Stadt Lüdenscheid geschehen, versicherungstechnisch abgedeckt ist. Herr Blasweiler informiert, dass den Ausschusssmitgliedern in der Vergangenheit bereits ein ausführlicher Bericht zu diesem Thema vorgelegt wurde. Zusam-

menfassend stellt er fest, dass für Gebäude mit einem erhöhten Risiko eine Versicherung besteht. Einige städtische Gebäude mit geringem Wert sind nicht versichert, da das Risiko eines möglichen Schadens als gering bewertet wird. In der Vergangenheit wurde von der Versicherungsabteilung geprüft, dass im Falle eines Schadens dieser Betrag geringer sei, als die Einzahlung jährlicher Versicherungsprämien. Herr Schwarz fragt in diesem Zusammenhang nach, ob auch eine Prüfung der Versicherungskonditionen erfolgt sei. Eine grundlegende neue Revision der bestehenden Versicherungen wird vom Kämmerer nicht für nötig gehalten, da die Verwaltung gut beraten und die Abwicklung von Schadensfällen von der Versicherung zur Zufriedenheit erledigt wird.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

5. Dringlichkeitsliste Vermögenshaushalt 2007 Vorlage: 163/2006

Herr Blasweiler erläutert die Vorlage und informiert, dass durch die veränderten Rahmenbedingungen des Nothaushaltsrechtes andere Vorgehensweisen bestehen. Die Dringlichkeitsliste beinhaltet Investitionsmaßnahmen, die sich innerhalb des genehmigten und genehmigungsfähigen Finanzdeckels bewegen und der Aufsichtsbehörde vorzulegen sind. Es wird durch die Einbindung der Bezirksregierung und des Innenministeriums mit einer längeren Bearbeitung beim Verfahrensablauf gerechnet. Es war vorgesehen, die Dringlichkeitsliste mit dem Entwurf des Haushaltsplanes am 11.12.06 in die Ratssitzung einzubringen.

Die Dringlichkeitsliste wurde frühzeitig von der Verwaltung erstellt und bereits vor den Herbstferien im Verwaltungsvorstand verabschiedet. Somit haben die Fachausschüsse vorzeitig die Möglichkeit, abschließend über die Dringlichkeitsliste zu beraten. In der Ratssitzung am 11.12.06 könnte die Dringlichkeitsliste beschlossen und im Anschluss daran der Aufsichtsbehörde vorgelegt werden, die dann eventuell bereits im Januar/ Februar 2007 abschließend Stellung nehmen könnte. Dies würde der Verwaltung frühzeitige Ausschreibungen und günstigere Ausschreibungsergebnisse ermöglichen.

Herr Blasweiler informiert, dass im Gegensatz zur Dringlichkeitsliste 2006 die Kategorien 3 und 4 fehlen. Die Kategorie 4 stellte ein Sammelbecken für Maßnahmen dar, die nicht berücksichtigt werden konnten, aber im Verwaltungsentwurf zum Vermögenshaushalt enthalten waren. Aufgrund der veränderten Vorgehensweisen bei der Erstellung der Dringlichkeitsliste für 2007 kann die Verwendung der Kategorie 4 entfallen.

Die Maßnahmen der bisherigen Kategorie 3 werden im Jahr 2007 den Kategorien 1 + 2 zugeordnet, daher entfällt ebenfalls Kategorie 3.

Ratsherr Metzger bittet die Verwaltung, bei den kommenden Ausschussberatungen eine Prioritätenliste unter Berücksichtigung zukünftiger Planungen vorzulegen.

Ratsfrau Gabler weist darauf hin, dass nur notwendige Maßnahmen in der Liste aufgeführt werden.

Ratsfrau Teipel fragt nach, ob es neue Erkenntnisse bezüglich der Abwicklung der Schulpauschale gibt.

Herr Blasweiler hofft auf eine Einigung mit der Bezirksregierung Arnsberg, es liegt aber zur Zeit noch kein Ergebnis vor. In früheren Jahren habe die Verwaltung mehr Geld ausgegeben als durch die Schulpauschale zur Verfügung stand, so dass eine Kompensation mit anderen Maßnahmen möglich erscheint.

Ratsherr Schwarz beruft sich auf Seite 3 der Dringlichkeitsliste und fragt bezüglich der drei Positionen zu „Entwicklung Bahnbereiche“ nach, ob sich diese Maßnahmen auf den Bahnhof Brügge beziehen.

Der Kämmerer erläutert, dass alle Maßnahmen nur den Bahnhof Lüdenscheid betreffen. In der Bauausschusssitzung am 18.10.2006 hat die ZGW einen Sachstandsbericht zum Zustand des Bahnhofs Brügge vorgelegt. Der Bahnhof Brügge sei kein eingetragenes Denkmal. Ein entsprechendes Verfahren sei aber anhängig. Die ZGW hatte eine Untersuchung des Gebäudes vorgenommen und festgestellt, dass die Bausubstanz marode sei. Allein die Sicherungsmaßnahmen für das Gebäude belaufen sich auf rund 150.000 € – 200.000 €. Die Instandsetzungskosten betragen, egal für welche Nutzung des Gebäudes, ca. 2,5 Mio. €. Die Verwaltung wird zur weiteren Verwendung und Zukunft des Bahnhofes Brügge eine Vorlage erstellen und sie der Politik zur Beratung vorlegen. Herr Blasweiler weist darauf hin, dass die Stadt Lüdenscheid den maroden Zustand des Bahnhofes nicht zu verantworten habe und ein Instandhaltungsrückstau bereits bestand, als die Stadt Lüdenscheid das Eigentum erworben hat.

Beschluss:

Der Verwaltungsentwurf der Dringlichkeitsliste über Maßnahmen des Vermögenshaushalts 2007 wird an die Ausschüsse zur Beratung verwiesen.

6. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

Keine

Beschluss:

Keine

7. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

7.1. Bekanntgaben

Keine

7.2. Beantwortung von Anfragen

Keine

7.3. Anfragen hier: EU Richtlinien

Ratsfrau Teipel bezieht sich auf die Änderung der Förderrichtlinien der Europäischen Union und erfragt, ob die Stadt Lüdenscheid konkrete Projekte ausgearbeitet habe, mit denen sie sich um Förderung aus dem EU-Fonds bewirbt. Da z. Zt. wesentliche Informationen fehlen, sicherte Herr Blasweiler zu, zukünftig über weitere Ergebnisse zu informieren.

Vorsitzender

Schriftführer